

Lehrstück Hamburg: Mobilisierung der Privilegierten oder Mobilisierung der Mitte? von Michael Vester

Am 18. Juli 2010 hat ein Volksentscheid in Hamburg den neuen Schulreformen einen Dämpfer verpasst. Mit 56% wurde die von allen Parlamentsparteien beschlossene sechsjährige Primarschule abgelehnt. Dies war jedoch kein Erfolg der Gegenreform. Es war eine erfolgreiche Mobilisierung bestimmter sozialer Schichten. Die 56% repräsentierten, bei 38%



↳ Dr. phil. Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen.

Foto: privat

Wahlbeteiligung, nur 21,5% der Wahlberechtigten. Das waren meist Einwohner der „besseren“ Stadtteile, nicht nur Werbeleute, Architekten und Bankiers, sondern eine breitere Allianz des alten konservativen Bürgertums mit neuen Bildungsaufsteigern kleinbürgerlicher Herkunft. Mobilisiert worden waren sie durch die Furcht, dass den durch Sparpolitiken schon bedrängten Gymnasien nun noch weitere zwei Jahre weggenommen würden.

Manche meinen, die Reformer hätten die benachteiligten Milieus besser mobilisieren müssen. Aber wie funktioniert Mobilisierung? Von oben? Über die Medien? – Nein. Hamburg ist ein Beispiel der Selbstmobilisierung und nicht einer Mobilisierung von oben! Die konservativen Bildungsmilieus haben darin eine lange Erfahrung. Ihre Angehörigen sind Ärzte, Juristen, höhere Angestellte, Beamte und andere Akademiker. Sie dominieren schon sehr lange die Elternvertretungen und -aktivitäten.

Hier wird, in enger Fühlung mit konservativen Philologenverbänden und Honoratioren und ihren Traktaten, der Milieukontakt gepflegt. – Und das Feindbild gleich mit. In Abrede gestellt werden Untersuchungen wie die

„PISA“-Studien, nach denen längeres gemeinsames Lernen nicht nur den bildungsfernen und zugewanderten Milieus mehr Chancengleichheit schafft, sondern – wie in Finnland – auch erheblich bessere Leistungen der Spitzengruppen ermöglicht.

Diese Mobilisierungen sind nicht neu. Aus der konservativen Fraktion des Bildungsbürgertums kamen schon in den Regierungsjahren Willy Brandts die Kampagnen gegen die Feindbilder „Gesamtschule“ und „Hochschulmitbestimmung“. Beides wurde ausgebremst oder zurückgedreht. – Doch heute haben die Reformer neue Verbündete. Es ist der Druck der Umstände: die internationale Konkurrenz, der Schülerrückgang auf den Hauptschulen, der Fachkräftemangel. Nicht nur „Ideologen“ sozialer Gerechtigkeit, auch aufgeklärte Konservative und das marktwirtschaftlich orientierte Institut der deutschen Wirtschaft fordern daher eine neue Bildungsmobilisierung. Nicht nur in Städten, sondern in den sich modernisierenden ländlich-gewerblichen Zonen der Flächenstaaten wachsen die Initiativen der Eltern, der Kommunen und oft auch der Schülerinnen und Schüler für mehr gemeinsame mittlere und höhere Bildung.

Die neue Selbstmobilisierung kommt seit „PISA“ aus den Milieus der Mitte. Ihnen reicht die Realschule nicht mehr aus und ist die Schulwahl im 10. Lebensjahr zu früh. Der Druck aus der Mitte ermöglichte erst Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und jetzt auch Nordrhein-Westfalen den pragmatischen Weg. Die Politik muss das längere gemeinsame Lernen nicht zentralistisch verordnen. Sie muss auch das Gymnasium nicht antasten. Sie kann aber Geburtshelferin der durchaus mehrheitsfähigen, ganz unideologischen Reforminteressen in der Gesellschaft sein, neben den Gymnasien immer mehr gemeinschaftliche Schulen zu schaffen. ■